

FDP Adliswil

Berichterstattung Gemeinderatssitzung vom 7.12.2005

Finanzplan 2005-2009

Der Finanzplan 2005-2009 wird vom Rat zur Kenntnis genommen. Roger Neukom gibt dazu folgende Stellungnahme der FDP/EVP-Fraktion ab:

„Erfreulich ist, dass der Steuerfuss in den letzten Jahren schrittweise von 1999 – 2004 um insgesamt 11 % auf 104 % gesenkt werden konnte.

Damit dieser gute Trend in den kommenden Jahren nicht in einer „Kehrwende“ endet, ist besonders auf den Investitionsbedarf im Bildungs- und Sozialbereich zu achten. Der Stadtrat erwartet für die laufende Rechnung 2005 kein erfreuliches Ergebnis. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Steuererträge 2005 voraussichtlich deutlich unter den Erwartungen bleiben. In den Jahren 2006 und 2007 rechnet der Stadtrat aber mit einer Verbesserung der Ertragsentwicklung und leicht überdurchschnittlichen Steuererträgen.

Die FDP/EVP-Fraktion erachtet es als richtig, trotz einem voraussichtlich negativen Rechnungsabschluss 2005 den Steuerfuss vorerst auf 104% zu belassen. Aus Sicht unserer Fraktion müssen Steuererhöhungen vermieden werden, um im harten Wettbewerb unter den Gemeinden zu bestehen und mittelfristig den Steuerfuss weiter senken zu können.

Der Finanzierungsfehlbetrag erreicht in den Jahren 2005 und 2006 fast 20 Millionen Franken, was zu einem starkem Vermögensabbau führt. Anschliessend – gemäss Prognosen des Stadtrats – stabilisiert sich die Entwicklung und die Verschuldung kann wieder leicht abgebaut werden, was mittelfristig auch das Ziel sein muss.

Die Angemessenheit der Annahmen, welche der Stadtrat in seinen einjährigen Budgets festsetzt, kann nur sinnvoll beurteilt werden, wenn die mittelfristige Entwicklung, welche im Finanzplan 2005–2009 ersichtlich ist, miteinbezogen werden kann.

Im Namen der FDP/EVP-Fraktion danken wir dem Stadtrat und der Verwaltung für die weitsichtige Planung. Sie dient dem Parlament als Orientierungshilfe in den kommenden Jahren.

Wir danken Ihnen, wenn Sie, wie das in der Privatwirtschaft heute ein „Muss“ ist, auch mit den Finanzen der Stadt Adliswil behutsam umgehen.

Die FDP-EVP Fraktion wird den sparsamen und sinnvollen Einsatz der finanziellen Mittel unserer Stadt im Auge behalten.“

In der **Detailberatung** werden von Susy Senn und Roger Neukom folgende Fragen zur geplanten **Sanierung der Soodstrasse** gestellt:

„Obwohl wir ja später unter Traktandum 9 noch die Interpellation von Gabi Barco zur Soodstrasse mit der Begründung und mündlicher Beantwortung hören, erlaube ich mir, zu dieser Kontogruppe Fragen zu stellen:

Aufgrund der angespannten finanziellen Lage und im Zusammenhang mit den noch anstehenden Ausgaben für Strassenabschnitte in den kommenden zwei Jahren – an der Zürichstrasse, Knoten Sunnau-Moos sind Nettoinvestitionen von total 2'148'000 CHF im Finanzplan eingestellt – scheinen mir 1.6 Mio. CHF doch sehr hoch zu sein.

Deshalb möchte ich wissen:

1. Wurde bei der geplanten Sanierung der Soodstrasse auch eine ‚billigere, auf das notwendige beschränkte Ausführung‘ geprüft?
2. Wie hoch wären die Kosten für die Sanierung ohne zusätzliche Verbauungen und Verengungen für die Einführung von Tempo 30?

Wie wir jetzt im Finanzplan sehen, wird der grösste Teil des Mittelabschnittes 2006 mit ca. 1,6 Mio. Franken ausgeführt. Grundsätzlich interessiert mich, wieso die Ausschreibung diesen Sommer nochmals wiederholt wurde und welche Kosten in etwa durch die externen Planer aufgelaufen sind, sowie welche Kosten intern durch die Begleitung des ‚Büros Tiefbau‘ entstanden sind, weil die Ausschreibung zweimal erstellt werden musste.

Es freut mich natürlich auch, wenn man heute der Tagespresse entnehmen kann, dass sich die SP Gedanken macht bezüglich Zusammenhang Soodstrasse und Stadtsaal. So hat doch ein Leserbriefschreiber schon im Oktober bemerkt, dass auch die SP in Sachen Investitionen die Prioritäten setzen muss und nicht das volle Wunschkonzert in der heutigen finanziellen Situation der Stadt Adliswil fordern kann.“

Der **Stellenplan** veranlasst Roger Neukom zu den folgenden Bemerkungen und wird in der Folge einstimmig genehmigt:

„Die FDP/EVP-Fraktion hat sich an ihrer vergangenen Fraktionssitzung auch mit dem Stellenplan 2006 intensiv auseinandergesetzt. Der Stellenplan gibt eine gute Übersicht über die Stellenpolitik in der Stadt Adliswil und in den einzelnen Ressorts.

Wenn man die Stellenverschiebung von der Schulpflege –Hauswartungen zu Jugend – Freizeit – Sport berücksichtigt und die Pflegewohngruppe „Mauersegler“ nicht berücksichtigt (Stellen wurden ja bekanntlich im vergangenen Jahr bewilligt), zeigt die Stellenentwicklung in der Stadt Adliswil im Grossen und Ganzen in eine gute Richtung. Man ist bemüht, Synergien zu schaffen und zu optimieren, wie dies auch der Stadtpräsident in einem Interview im Mai 2005 zum Ausdruck gebracht hat. Wir erwarten, dass die Anstrengungen mit Druck weitergehen.

Etwas mehr beunruhigt uns jedoch die Situation im Bereich Technische Betriebe und insbesondere innerhalb dieser das Büro Tiefbau. Die Stellenentwicklung hat hier in den letzten 4 – 5 Jahren stetig zugenommen. Aufgrund von schriftlichen Anfragen in den vergangenen Wochen an die Ressort-Vorsteherin Tiefbau sowie den Ressort-Leiter Technische Betriebe wurde ich detailliert mit Aufbauorganisationen (Organigrammen), gültig per 1. Januar 2006, und Zuständigkeiten dokumentiert.

Bereits in meiner schriftlichen Anfrage vom 12.11.2004 an das Ressort Tiefbau habe ich in der Antwort des Stadtrats bemerkt, dass für die intern verrechenbaren Kosten für das Projektmanagement Oberbauleitung in den vergangenen Jahren grosse Kosten entstanden sind. Wenn man sieht, wie der Tiefbau administrativ früher funktioniert hat gegenüber heute, mit vielen qualifizierten Personen im Büroapparat der Stadtverwaltung fragt man sich manchmal schon, wieso dass dann mit mehr Leuten immer weniger gebaut wird und wieso dass immer mehr Stellen von draussen nach drinnen – so genannte Bürojobs – anstelle von Unterhalts- und Werkjobs geschaffen werden.

Ich verzichte aufgrund meines jetzigen Wissenstandes auf einen Antrag, da mir noch nicht alle Fakten bekannt sind. Das Ressort Tiefbau wird nach Globalbudget NPM geführt. Dennoch werden wir in den nächsten Monaten seitens der FDP einen Vergleich mit anderen Gemeinden anstellen, um herauszufinden, ob das Büro Tiefbau in der jetzigen Besetzung der Stadt Adliswil mit den jetzigen Mitteln, die im Zusammenhang mit dem Globalbudget zur Verfügung stehen, gerechtfertigt ist und Sinn macht.

An dieser Stelle besten Dank an die Ressort-Vorsteherin Tiefbau für die detailliert zugestellten Unterlagen, welche ich per Mail am 1.12.2005 erhalten habe.“

Zum **Budget 2006** gibt Robert Wälle folgende Erklärung der FDP/EVP-Fraktion ab:

„Ich erwarte vom Stadtrat eine klärende Antwort, warum das Budget 2006 verspätet abgegeben wurde. Ich erinnere den Stadtrat daran, dass wir als Mitglieder der Legislative und damit zuständig für die Budgethoheit ein Anrecht haben, dass das Budget ordnungsgemäss und vor allem frühzeitig denjenigen Gremien zugestellt wird, die sich mit dem Budget auseinandersetzen müssen. Ich denke vor allem an die Mitglieder der RGPK und Sachkommissionen.

Wir haben festgestellt, dass der Stadtrat Kürzungen vornahm und es vielleicht dadurch umso komplizierter war, bei der Verabschiedung des Budgets im Kollegialsystem einen Konsens zu finden. Die Mitglieder der EVP/FDP-Fraktion haben das Budget behandelt und dabei festgestellt, dass beim Budget der Nettoaufwand bei den einzelnen Ressorts reduziert oder in etwa die Vorgaben des Budgets 2005 übernommen wurden.

Ich halte fest, dass das Budget 2006 keine hohen Wellen wirft und wohl heute Abend vom Parlament verabschiedet werden wird. Das ist gut so. Ich beginne mit dem Positiven: Wie figura zeigt, hat der Stadtrat grössere Einsparungen vorgenommen. So wurde der Nettoaufwand bei sechs Ressorts reduziert. Unsere Fraktion begrüsst diesen Entscheid und vor allem den weisen Beschluss, den Steuerfuss bei 104 Prozent unverändert zu belassen. Ich bin erfreut, dass der Stadtrat sich nicht von Gruppierungen beirren liess, die höhere Staatsaufgaben nur mit erhöhten Einnahmen finanzieren. Dieses Vorgehen zeigt eine umsichtige und langfristige Finanzpolitik.

Negativ anzumerken und berunhigend ist, dass der Sachaufwand um 9.4% und die Passivzinsen um 14.8% ansteigen werden. So mussten gezwungermassen, um den Nettoaufwand zu verbessern, die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen um 65.7% erhöht werden.

Die Erträge werden eher pessimistisch und die Ausgaben eher optimistisch geplant, was einer vorsichtigen Finanzpolitik entspricht und durchaus praktiziert werden darf. Wir erwarten, dass die um 3.5% reduzierten Budgetzahlen für die sozialen Aufgaben realistisch sind und eingehalten werden.

Da sich die Wirtschaftslage nicht schlagartig positiv verändern wird, werden auch im Jahr 2006 mehr Sozialfälle anfallen. So bleibt nur die Hoffnung, dass die im Juli 2005 geänderten SKOS-Richtlinien eine Reduktion der Sozialleistungen erbringen werden.

Das bedeutet nicht, dass wir für eine lineare Kürzung der Sozialausgaben eintreten, nein, es ist in

diesem Ressort eine Lösung anzustreben, die das Verursachungsprinzip vermehrt berücksichtigt und die zuständige Behörden bei den Grenzfällen und Missbräuchen noch mehr - als bisher praktiziert - sensibilisiert.

Der steigende Trend für Kostensteigerungen im sozialen Bereich wird bestärkt, mit den zu erwartenden steigenden Personalkosten für die Alterseinrichtungen.

Des weitern zeigt der Nettoaufwand der Schule einen minimalen Anstieg von 1.1%.

Diese Erhöhung wird mit der Reorganisation der Schule begründet. Es bleibt abzuwarten, ob der erhöhte Aufwand auch zu einer Qualitätsverbesserung der Schule führen wird.

Das Budget 2006 gibt uns positive Signale, die aber den allgemeinen negativen Trend nicht wettmachen. Ich habe erfahren, dass in der RGPK beim Budget fast keine Änderungsanträge eingebracht wurden.

So bleibt uns Mitgliedern des Gemeinderates nichts anderes übrig, als das vorliegende Budget gutzuheissen. Wir erwarten vom Stadtrat, dass Ist und Soll keine grossen negativen Veränderungen bringen werden.

Das Zürcher Stimmvolk hat am 30. November 2003 Ja gesagt zur Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden. Die Konsequenzen dieser Aufgabenteilung sind im Budget 2006 negativ erkennbar. Diesem Umstand ist vermehrt Rechnung zu tragen, umso mehr von den Gemeinden erwartet wird, dass eine Zuordnung von öffentlichen Ausgaben auf die Stufen der Gemeinden eine effizientere Aufgabenerfüllung zur Folge hat.

So wird der negative Trend nur dann zu Verbesserungen des Finanzhaushaltes führen, wenn rasch und verursachergerecht über den nötigen Umfang staatlicher Leistungen entschieden wird.

Die Budgethoheit, die dem Gemeinderat zusteht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für uns Milizpolitiker schwer nachvollziehbar ist, wo Einsparungen möglich sind.

Unsere Fraktion erinnert den Stadtrat daran, dass der erarbeitete Cash Flow von nur 10.2 Mio CHF die geplanten Investitionen von 26 Mio. nicht mehr decken kann und dass dafür in den folgenden Jahren ein Netto-Mittelbedarf von 15.8 Mio Franken entsteht.

Dies bedeutet, dass das Eigenkapital – unsere Reserven – abgebaut wird und die Passivzinsen um ca. 400'000.-- Franken erhöht werden. Ich teile die Meinung des Stadtrates nicht, dass der prognostizierte Konjunkturaufschwung bald Abhilfe schaffen wird.

Zu berücksichtigen ist, dass die Steuererträge immer relativem Schwankungen unterworfen sind und die geplanten Steuereinnahmen nicht so wie geplant eintreffen werden.

Ich gebe bekannt, dass die EVP/FDP Fraktion dem Budget 2006 zustimmen wird.

Ich erlaube mir, zum Schluss unserem Finanzvorsteher für seine Arbeit meinen Dank auszusprechen. Ich tue dies, da das Budget 2006 zum letzten Mal die Handschrift von Alfred Jud trägt."

Postulat zur Parkplatzordnung

Das Postulat von Harald Huber und 13 Mitunterzeichnern zur Parkplatzordnung wird einstimmig überwiesen.

Postulatstext:

„An der Gemeinderatssitzung vom 2. November 2005 hat der Gemeinderat den Antrag des Stadtrates um ‚*Aufhebung der Verordnung betr. das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 7.4.1976 und um die Änderung der Verordnung für das unbeschränkte nächtliche Dauerparkieren in Blauen Zonen (Parkkartenverordnung) vom 23.4.2002*‘ zugestimmt. Im Begleittext zum Antrag weist der Stadtrat darauf hin, dass bei der Umsetzung dieser neuen Verordnung bezüglich der Länge der Parkzeit in den Weissen Zonen Ausnahmen vorgesehen sind für die folgenden Sport- und Freizeitanlagen: Sportanlage Tüfi, Schützenhaus und Familiengärten. Über die Gebührenregelung in diesen Gebieten werden dagegen keine Angaben gemacht. Für das Gebiet mit dem Frei- und Hallenbad, dem Fussballplatz, der Finnenbahn und den Tennisplätzen im Tal ist keine Ausnahmeregelung vorgesehen.“

Gemäss dem Informationsabend vom 27. September 2005 plant der Stadtrat in diesem Gebiet strenge Parkierungsbeschränkungen. Das neue Parkierungskonzept sieht vor, dass im Tal 90 gebührenpflichtige und 30 Parkplätze in der blauen Zone erstellt werden sollen. Die Parkgebühren betragen für die ersten beiden Stunden CHF -.50 und für jede weitere Stunde CHF 1.--. Die Gebühren sind von Montag - Samstag von 08.00 - 21.00 Uhr zu entrichten. Am Sonntag müssen keine Gebühren entrichtet werden.

Diese Situation ist nicht im Interesse der Adliswiler Bevölkerung und der Sportvereine. Bei solchen Anlagen sollten auf dem ganzen Stadtgebiet einheitliche Regelungen mit kostengünstigen und langen Parkierungsmöglichkeiten vorgesehen werden.“

Begründung:

„Der Themenkreis, dem dieses Postulat zuzuordnen ist, wurde an der letzten Sitzung eingehend diskutiert. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass die geplante Situation im Tal, die nun Gott sei Dank vorerst nicht realisiert wird, nicht im Interesse der Adliswiler Bevölkerung und der Sportvereine ist. Bei solchen Anlagen sollten auf dem ganzen Stadtgebiet kostengünstige und lange Parkierungsmöglichkeiten vorgesehen werden.

Mit dem Behördenreferendum haben wir einen ersten Schritt getan. Wir verfolgen damit u.a. das Ziel, den Stadtrat zu zwingen, neben der neuen Verordnung auch ein detailliertes Parkierungskonzept für das gesamte Stadtgebiet vorzulegen, das zeigt, wie der Stadtrat die neue Verordnung umsetzen will.

Mit dem Postulat wollen wir dem Stadtrat eine Orientierungshilfe bei der Erarbeitung dieses Gesamtkonzeptes geben. Er soll dann nicht vergessen, die Interessen der Sport- und Freizeitvereine sowie der Adliswiler Bevölkerung gebührend zu berücksichtigen.

Ich bitte Sie alle, im Interesse der Sport- und Freizeitvereine und der Adliswiler Bevölkerung um Überweisung dieses Postulates. Eigentlich sollte diese Bitte in der sportfreundlichen Stadt Adliswil nicht notwendig sein. Alle Parteien haben bisher die Anliegen der Sport- und Freizeitvereine positiv aufgenommen und unterstützt.

Ich hoffe für die Berichterstatter der Presse, dass sie nicht ausgerechnet heute Zeuge einer Ausnahme werden.“

Interpellation zur erspäteten Inbetriebnahme der Wohngruppe für Demenzkranke (Überbauung „Mauersegler“)

Susy Senn hat folgende Interpellation zur verspäteten Inbetriebnahme der Wohngruppe für Demenzkranke eingereicht.

Interpellationstext:

„Am 5. November habe ich an der Veranstaltung „Wohnen im Alter“ von der Arbeitsgruppe für Altersfragen der Stadt Adliswil teilgenommen. Im an dieser Veranstaltung aufliegenden Prospekt wird der Zeitpunkt für die Eröffnung der Wohngruppe mit „ca. Oktober 2005“ angegeben.

Am Anlass selber wurde u.a. die Pflegewohngruppe für demente Betagte vorgestellt, Eröffnung per 1.1.2006. Den Ausführungen des Referenten zur Folge werden erst ca. die Hälfte der möglichen Patienten aufgenommen, der 2. Teil sogar erst Mitte 2006. Das Personal wurde jedoch bereits per 1.12.2005 eingestellt. Das Budget 2005 beziffert den Aufwand mit CHF 433'500.00 und den Ertrag mit CHF 367'500.00.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches sind die Gründe, dass die Wohngruppe für demente Betagte erst per 1.1.2006 eröffnet werden kann?
2. Wie gross sind die Kosten, die durch die verspätete Inbetriebnahme entstehen?
3. Wird vom Architekten eine Entschädigung verlangt? Wenn ja, wie hoch ist diese?
4. Warum wurde das Personal trotz der späteren Eröffnung per 1.12.2005 eingestellt und um wie viele Stellen handelt es sich?
5. Wie hoch wird der Netto-Aufwand für 2005 geschätzt (gemäss Budget 2005 CHF 66'000.00), nachdem die im Budget 2005 vorgesehenen Einnahmen der Pensionäre wegfallen?

Mit bestem Dank für die Beantwortung.“

Begründung

„Gemäss Aussagen des Stadtrates war die Eröffnung der Wohngruppe für demente Betagte ursprünglich auf Herbst 2005, dann auf den 1.12.2005 und jetzt auf den 1.1.2006 geplant. Betrachte ich das Foto im kürzlich erschienen Artikel der Regionalbeilage des TA, bin ich mehr als gespannt, ob selbst dieser Termin eingehalten werden kann. Für die künftigen Bewohner erhoffe ich, dass wenigstens bis dann die Heizung eingebaut ist... Da eine solche verspätete Inbetriebnahme immer auch Kosten verursacht, habe ich die heute vorliegenden 5 Fragen an den Stadtrat formuliert.

Obwohl ich nicht an der Notwendigkeit einer Wohngruppe für demente Betagte zweifle und auch nichts dagegen habe, habe ich das Gefühl, dass bei diesem Projekt von Anfang an der Wurm drin war. Im Protokoll der GR-Sitzung vom 2.6.2004 steht folgende Schlussbemerkung von GR Roger Neukom zur Antwort auf seine Interpellation zur Standortwahl besagter WG: *„Ich will aber festhalten, dass in diesem Projekt einiges schief gelaufen ist und dass mich die Budgetüberschreitung stört.“* Das einzige, was an diesem Satz nicht mehr stimmt, ist die Vergangenheitsform.

Gerade nach diesem umstrittenen Baustart mit Verzögerungen noch und noch, hätte der Stadtrat und im Besonderen die Ressortvorsteherin Soziales gewarnt sein sollen. Ich muss mich fragen, ob Anstösse und Kritik des GR überhaupt ernst genommen werden. Da wird Personal eingestellt, ohne dass überhaupt ein Betrieb stattfindet. Steuergelder werden mit vollen Händen ausgegeben, und das in einer Zeit, da die Stadt weiss Gott nicht auf Rosen gebettet ist. Ich hätte zumindest erwartet, dass die verantwortliche Stadträtin in diesem sensiblen Geschäft den GR auf dem Laufenden hält. Ich vermisse eine transparente Informationspolitik und bin gespannt auf die Ausführungen des Stadtrates.“

Die Beantwortung der Interpellation zur Schaffung einer Wohngruppe für Demenzkranke durch die zuständige Stadträtin Friess war emotional und unsachlich und vermochte nicht zu befriedigen. Die FDP wird dieses Projekt weiter im Auge behalten.